

Politik, Recht und Religion

Herausgegeben von
ANDREAS ANTER und VERENA FRICK

POLITIKA

18

Mohr Siebeck

POLITIKA

herausgegeben von
Rolf Gröschner und Oliver W. Lembcke

18



Politik, Recht und Religion

Herausgegeben von
Andreas Anter und Verena Frick

Mohr Siebeck

Andreas Anter, geboren 1960, ist Professor für Politikwissenschaft an der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt.

Verena Frick, geboren 1986, ist Akademische Rätin a.Z. am Institut für Politikwissenschaft der Georg-August-Universität Göttingen.

orcid.org/0000-0001-7411-173X

ISBN 978-3-16-156322-5 / eISBN 978-3-16-156323-2

DOI 10.1628/978-3-16-156323-2

ISSN 1867-1349 / eISSN 2569-4200 (POLITIKA)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2019 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen aus der Garamond gesetzt und auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Die Beiträge dieses Bandes beruhen auf den Vorträgen, die auf der Tagung „Politik, Recht und Religion“ im September 2017 im Internationalen Begegnungszentrum der Universität Erfurt gehalten wurden. Die Beiträge betrachten die Spannungen und Symmetrien der Beziehung von Politik, Recht und Religion aus der Perspektive der Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft und Theologie. Der Anlaß der Beschäftigung mit dieser Beziehung ist aktuell, die damit verbundenen Konflikte reichen zugleich bis weit in die europäische Geschichte zurück. Die Erfurter Tagung war die 7. Tagung des Arbeitskreises „Politik und Recht“ der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft. Für die großzügige Förderung und Unterstützung der Tagung danken wir der Fritz Thyssen Stiftung; für die großzügige Förderung der Drucklegung dieses Bandes sind wir der Schulze-Fielitz-Stiftung Berlin verbunden. Für redaktionelle Unterstützung danken wir Michael Güpner und Fiona Wißmann.

Erfurt/Göttingen, im August 2018

Andreas Anter, Verena Frick

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
-------------------	---

Teil I

Religion, Recht und Politik im Konflikt

Andreas Anter, Verena Frick

Zur Einführung: Politik, Recht und Religion	3
---	---

Stefan Koriath

Wie lassen sich religionspolitische Konflikte rechtlich regeln?	11
---	----

Ino Augsberg

Ist religiöse Identität ein Problem für das Recht?	31
--	----

Teil II

Recht der Religion, Religion des Rechts

Christian Waldhoff, Holger Grefrath

Gehört Gott in die Verfassung? Die Präambel des Grundgesetzes	49
---	----

Christoph Enders

Hier stehe ich, ich kann nicht anders. Das Bekenntnis zur Menschenwürde als Glaubensartikel des Grundgesetzes	81
--	----

Verena Frick

Sakralisierung des Rechts. Zum Verhältnis von Politik und Recht in der Theorie des <i>Global Constitutionalism</i>	93
---	----

Teil III
Religion und Ordnung

Oliver W. Lembcke

- Hobbes über den Unterschied zwischen Religion und Politik –
und dessen Bedeutung für den Staat 113

Mirjam Künkler, Tine Stein

- Das Verhältnis von Recht, Religion und Politik im politischen Denken
Ernst-Wolfgang Böckenfördes 137

Teil IV
Die Religion in der Rechtsprechung

Kathrin Grob

- Bundesverfassungsgericht und Religion 159

Sebastian Wolf

- Ein ausgehöhltes Grundrecht? Religionsfreiheit, *judicial restraint* und
der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 179

Teil V
Mythos staatliche Neutralität?

Benedikt Kranemann

- Trauerfeiern nach Großkatastrophen.
Die Rolle der Kirchen im öffentlichen Raum 199

Manfred Baldus

- Die religiös-weltanschauliche Neutralität des Staates.
Bedeutung, Begründung, Aktualität 219

Anhang

- Autorinnen und Autoren 233
 Personenregister 235
 Sachregister 241
 Anliegen der Reihe POLITIKA 245

Teil I

Religion, Recht und Politik im Konflikt

Zur Einführung: Politik, Recht und Religion

Andreas Anter, Verena Frick

Das Thema dieses Bandes ist ebenso kontrovers wie aktuell: „kein vernünftiger Zweifel kann daran bestehen, daß heute das Verhältnis von Religion und Politik, von Religion und Gesellschaft, von Religion und Recht zu den wichtigsten und am heftigsten diskutierten Themen überhaupt gehören, sei es in politischen Debatten, in den Feuilletons oder in den Diskursen der einschlägigen wissenschaftlichen Disziplinen.“¹

Seit Horst Dreier vor einigen Jahren diese Diagnose stellte, hat die Debatte noch an Intensität zugenommen, denn es handelt sich um ein denkbar streitbefangenes Thema. Die Konflikte im Verhältnis von Politik, Recht und Religion reichen zwar bis weit in die europäische Geschichte zurück, doch ihre aktuelle Brisanz hat vor allem mit jenen Spannungen zu tun, die mit der zunehmenden religiösen Pluralisierung der Gesellschaft, insbesondere mit der rasch wachsenden Präsenz des Islam infolge der verstärkten muslimischen Zuwanderung in westeuropäischen Gesellschaften entstanden sind. Ob Kopftuch oder Burka-Verbot, Minarette oder Kalifat-Staat – die politischen und kulturellen Konflikte polarisieren die öffentliche Meinung und stellen die Politik der westeuropäischen Staaten vor ungeahnte Herausforderungen, zumal wenn sie sich in gewaltsamer Form artikulieren.

Wie auch immer die politischen Antworten auf die Herausforderungen ausfallen, sie werden in jedem Fall in rechtlicher Form gegeben. Denn die Beziehung zwischen Politik und Religion ist im modernen Verfassungsstaat durch das Recht präformiert. So wie religionspolitische Entscheidungen in parlamentarischen Verfahren in Form von Gesetzen getroffen werden, werden religionspolitische Konflikte von Gerichten in Gestalt richterlicher Urteile entschieden. Das Verhältnis von Politik und Religion war seit Jahrhunderten immer ein Rechtsproblem,² was sich erst recht in heutigen Verfassungsstaaten erweist, die durch eine umfassende Verrechtlichung von Politik und Gesellschaft geprägt sind.

Wer nach dem Verhältnis von Politik und Religion fragt, hat also zwangsläufig das Recht in den Blick zu nehmen. Die Regelung religiöser Konflikte liegt

¹ Dreier 2013, S. 6.

² Von Campenhausen 2008, S. 123.

zwar in erster Linie im Verantwortungsbereich der Religionsgemeinschaften selbst, aber es ist das säkulare Recht, das hierfür erst die Voraussetzung schafft, indem es die entsprechenden verbindlichen Regelwerke bereitstellt.³ Doch inwieweit ist das bestehende Religionsrecht in der Lage, heutige religiöse Konflikte rechtlich zu lösen? Eine Verschärfung dieser Konflikte ist nicht zu übersehen. Die Annahme, das Spannungsverhältnis von Politik, Recht und Religion werde sich infolge der Säkularisierung der abendländischen Gesellschaften sozusagen von selbst erledigen, hat sich jedenfalls als Irrtum erwiesen. Angesichts der anhaltenden religionspolitischen Konflikte wie auch des wachsenden öffentlichen Interesses an den damit verbundenen Fragen ist die einst populäre Säkularisierungstheorie mit ihrem Befund eines unweigerlichen Bedeutungsverlustes der Religion in die Defensive geraten. Für die USA war sie von Anfang an unhaltbar; auch für Europa hat sie sich als unzutreffend erwiesen.⁴ Heute wird vielmehr, mit großer Resonanz, über die sogenannte „Wiederkehr der Religionen“ bzw. die „Renaissance der Religion“ debattiert,⁵ wobei redlicher Weise zu ergänzen ist, daß in den westeuropäischen Gesellschaften nur eine Religion auf dem Vormarsch ist, nämlich der Islam; anders als in Asien und in Südamerika, wo sich ein gänzlich anderes Bild bietet.⁶

Derzeit sind in Deutschland und anderen europäischen Ländern starke Wandlungen im Verhältnis von Religion und Gesellschaft zu erkennen. Diese Wandlungen beinhalten nicht zuletzt eine wachsende Politisierung dieses Verhältnisses. Infolge dieser Veränderungen wird das Prinzip der strikten Trennung von Politik und Religion zunehmend in Frage gestellt. Auf dem Feld der sogenannten Religionspolitik ist eine Modifikation der Rolle des Staates zu beobachten, der eine inzwischen weitaus aktivere Position gegenüber den Religionsgemeinschaften einnimmt.⁷ Mit einer aktiveren Rolle verändert sich auch die in der Bundesrepublik tradierte „wohlwollende Neutralität“ des Staates, die sich durch eine dezidiert religionsfreundliche Haltung auszeichnete.

Diese freundliche Haltung kann jedoch nicht unterschiedslos allen religiösen Gruppierungen zugute kommen, sondern nur denjenigen, die die allgemeine Rechtsordnung respektieren, sich also ihrerseits rechtsfreundlich verhalten. Der Staat des Grundgesetzes kann und will, wie Christian Hillgruber sagt, nicht allen Religionen „die volle Entfaltung ihres lebenspraktischen, unter Umständen zerstörerischen Potentials erlauben“.⁸ Zwar muß nicht jeder Glaube mit dem Grundgesetz kompatibel sein, „aber nicht alles, was ein Glaube fordert, darf unter dem Grundgesetz verwirklicht werden“, wie mit Dieter Grimm zu

³ *Robbers* 2014, S. 213.

⁴ Vgl. *Ladeur/Augsberg* 2007.

⁵ Dazu *Graf* 2007.

⁶ Vgl. *Joas* 2017.

⁷ Vgl. *Liedhegener/Pickel* 2016, S. 7.

⁸ *Hillgruber* 2007, S. 51

ergänzen ist.⁹ Der Verfassungsstaat kann also nicht gegenüber allen Religionen „neutral“ sein – jedenfalls nicht gegenüber Religionen, deren Praktiken mit dem Grundgesetz kaum vereinbar sind. Damit ist zugleich die Frage verknüpft, in welchem Grad er auf das Prinzip der „religiös-weltanschaulichen Neutralität“ verpflichtet werden kann, wenn seine freiheitliche Ordnung gefährdet ist. Die Frage nach dem Verhältnis von Politik, Recht und Religion berührt mithin den Lebensnerv des demokratischen Verfassungsstaates.

Die neuere Debatte um die angemessene Zuordnung zwischen Politik und Religion wird insbesondere von der Frage nach der angemessenen Grenzziehung bestimmt. Wie weit darf Religionsausübung in den öffentlichen Raum und insbesondere in staatliche Institutionen hineinragen? Wieviel Rücksichtnahme auf religiöse Praktiken und Gebote ist zumutbar? Auf den Prüfstand kommt dabei das bundesrepublikanische Modell der wohlwollenden Neutralität des Staates. Nachdem die religionsfreundliche Haltung des Staates lange von einem breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens getragen wurde, gerät diese Haltung angesichts gesellschaftlicher Veränderungen zunehmend unter Rechtfertigungsdruck.

Wenn man den verbreiteten Deutungen Glauben schenkt, befinden wir uns gegenwärtig in einer „postsäkularen Phase“¹⁰, die die Politik mit einer neuen Unübersichtlichkeit konfrontiert: wo bei Verabschiedung des Grundgesetzes noch über 95 Prozent der Bürger einer der beiden Kirchen angehörten und es dann im Verlauf der 1970er bis hinein in die 1990er Jahre zunächst nach einem unaufhaltsamen Verschwinden des Religiösen aussah, zeichnet sich die Gesellschaft heute aus durch religiöse Heterogenität, A(nti)religiosität, religiöse Individualisierung, aber auch durch die verstärkte Präsenz religiöser Identitäten mit dem Anspruch auf öffentliche Sichtbarkeit – und das alles gleichzeitig.¹¹

Politische Konflikte sind angesichts dessen vorprogrammiert. Das Recht muß in diesen Konflikten moderieren und legitime von illegitimen Positionen unterscheiden. Da Grenzziehungen traditionell Angelegenheit des Rechts sind, spitzen sich im Recht zwangsläufig nicht nur die gesellschaftspolitischen Religionskonflikte zu, sondern mit jeder Streitentscheidung werden auch die rechtlichen Grenzen selbst verhandelt und neu gezogen. Und dabei wird immer auch das Verhältnis von Politik und Religion justiert. Zuletzt mehren sich die Anzeichen dafür, daß die Zuordnung von Politik und Religion im Begriff ist, neu austariert zu werden, und zwar auf dem Weg der Rechtsinterpretation. Bislang wie selbstverständlich eingeräumte Ausnahmen zugunsten der Religion werden nicht länger uneingeschränkt gewährt; die Gerichte haben offenbar ihre Zurückhaltung aufgegeben und setzen verstärkt den Ordnungsanspruch des Staa-

⁹ Grimm 2016, S. 11.

¹⁰ Nolte 2014, S. 145 ff.

¹¹ Vgl. Willems 2012; Gutmann 2012.

tes um.¹² Das betrifft so unterschiedliche Fragen wie den Kündigungsschutz kirchlicher Arbeitnehmer, das Kopftuch bei Rechtsreferendarinnen oder die Teilnahme muslimischer Mädchen am gemeinsamen Schulschwimmunterricht.

Gerade im Bereich der Religion ist das Recht aber ganz besonders von Kontinuität geprägt, die zahlreichen Konkordate und Staat-Kirche-Verträge sind zum Teil seit beinahe 100 Jahren in Kraft. Und auch die Regelungen des Bonner Grundgesetzes sind älter als die Verfassung selbst, sie wurden wortgleich aus der Weimarer Reichsverfassung übernommen. Bei so viel Kontinuität des Rechtstextes liegt auf der Hand, daß Wandel in erster Linie durch Interpretation erfolgt. Entsprechend groß ist dann freilich auch die Interpretationsmacht derjenigen Akteure, die zur Auslegung des Rechts berufen sind, also zuallererst die Gerichte. Häufig prägen Gerichte am sichtbarsten die religionspolitische Agenda.

Die politische Dynamik rechtlicher Entscheidungen zeigte sich vor wenigen Jahren etwa in der Debatte um die Beschneidung männlicher Kleinkinder. Erst nachdem das Landgericht Köln 2012 entschieden hatte, daß die religiös motivierte Beschneidung minderjähriger Knaben Körperverletzung ist, setzte die politische Debatte darüber ein. Im Ergebnis wurde der Gesetzgeber durch das Gerichtsurteil zur legislativen Klarstellung gezwungen. Die bislang selbstverständlich ausgeübte Beschneidungspraxis vor allem jüdischer und muslimischer Religionsgemeinschaften bleibt zwar weiterhin erlaubt, ist aber nun per Gesetz an bestimmte medizinische Standards geknüpft.¹³

Deutlich wird in diesen Konflikten die Rolle des Rechts als politische Institution. Das Recht stellt Verfahren zur Konfliktaustragung bereit, ermöglicht den Betroffenen, ihren Positionen Gehör zu verschaffen und führt den Streit am Ende zu einer Entscheidung. Indes erschöpft sich die Funktion des Rechts nicht in allein äußerlichen Form- und Verfahrensregeln, sondern konserviert in Gestalt der religionsverfassungsrechtlichen Grundentscheidungen selbst politische Leitideen über das Verhältnis von Politik und Religion. Auch diese Leitideen stehen derzeit unter erhöhtem Rechtfertigungsdruck. Das zeigt ein Blick auf die staatsrechtliche Kontroverse, ob das Rechtsgebiet besser als Staatskirchenrecht oder Religionsverfassungsrecht zu bezeichnen sei. So wird mit dem Begriff Staatskirchenrecht die Erwartung einer anstaltlichen Organisation der Religionen sowie einer kollektiven Wahrnehmung der Grundrechte verbunden. Befürworter der Bezeichnung Religionsverfassungsrecht erhoffen sich dagegen, der Begriff möge religiöse Pluralisierung abbilden und das Rechtsgebiet für nichtkirchliche Glaubens- und Organisationsformen öffnen. Insgesamt scheint hier eine stärker religions skeptische und individualistische Haltung durch.¹⁴

¹² Zusammenfassend: Wittreck 2014; kritisch zu der sich abzeichnenden Entwicklung bereits Morlok/Heinig 2003.

¹³ Dazu: Enders 2014.

¹⁴ Die jeweiligen Positionen sind versammelt bei Heinig/Walter 2007.

Angesichts dieser rechtlichen Dynamiken im Politikfeld Religion macht es sich der Band zur Aufgabe, die Beziehung von Politik, Religion und Recht in ihren verschiedenen Dimensionen in den Blick zu nehmen. Die Autorinnen und Autoren zeigen neben den aktuellen Friktionen auch die geistesgeschichtlichen und gegenwärtigen Symmetrien dieses Verhältnisses und beleuchten sie aus politikwissenschaftlicher, juristischer und theologischer Perspektive.

Der erste Abschnitt des Bandes setzt bei der Beobachtung einer Politisierung der Religionspolitik an. Die Beiträge von Stefan Koriouth und Ino Augsburg eruiieren den Umgang des Rechts mit religionspolitischen Konflikten und präsentieren das geltende Recht als differenziertes Lösungsinstrumentarium für eben diese Konflikte. In rechtshistorischer Perspektive macht Koriouth deutlich, wie sehr die Geschichte des Religionsrechts den Charakter einer Konfliktgeschichte trägt. Von jeher sei das Recht insbesondere in Anspruch genommen worden, wenn einzelne Religionsgemeinschaften sich diskriminiert fühlten. Der Beitrag von Augsburg aktualisiert demgegenüber vor dem Hintergrund aktueller Religionskonflikte das geltende Staatskirchenrecht als Kollisionsrecht, das gleichsam als Metaregel in rechtspluralistischen Konflikten verstanden werden könne.

Ob das Recht dabei aber stets lediglich neutraler Dritter ist, wie es die Rolle als Konfliktlöser nahelegt, oder vielmehr selbst durch ein religiöses Erbe imprägniert ist, diskutieren die Beiträge im zweiten Abschnitt des Bandes. Schließlich ist das Grundgesetz nicht nur ein staatstechnisches Regelwerk, sondern es repräsentiert in seinen zentralen Normen zugleich grundlegende Ordnungsvorstellungen und ethische Derivate der politischen Gemeinschaft.¹⁵ Christoph Enders sieht die Geltung der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes in der Glaubens- und Anerkennungsgemeinschaft des Verfassungsstaates verwurzelt, da an ihre Existenz und Wirklichkeit gleichsam geglaubt werden müsse. Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Gottesbezug in der Präambel der Verfassung. Auch er dient, wie Christian Waldhoff und Holger Grefrath in ihrem Beitrag zeigen, nicht als religiöses Bekenntnis, sondern vielmehr als Chiffre für Transzendentes im religiös-weltanschaulich neutralen Staat. Und auf internationaler Ebene identifiziert Verena Frick in der gegenwärtigen Konstitutionalisierungsdebatte so etwas wie eine Glaubensgemeinschaft, die an die verändernde Kraft von allgemeinen Rechtsprinzipien glaubt.

Die Anleihen des religiös-weltanschaulich neutralen Verfassungsstaates bei der Religion und bei religiösen Praktiken operieren gleichwohl immer unter dem Primat des Politischen. Dieses Verhältnis von Religion und politischer Ordnung steht im Fokus des dritten Abschnitts des Bandes. Mit Thomas Hobbes präsentiert Oliver W. Lembcke in ideengeschichtlicher Perspektive einen Ordnungsdenkler *par excellence*, der für eine möglichst weitgehende Trennung von Staat

¹⁵ Isensee 1977, S. 109 ff.

und Religion optiert hat, um damit zugleich die Autonomie und die je spezifische Ordnungsleistung beider Bereiche im jeweiligen Eigeninteresse bestmöglich zu wahren. Im zeitgenössischen politischen Denken findet sich eine ähnlich dezidierte Haltung bei Ernst-Wolfgang Böckenförde, der als Staatsrechtslehrer und engagierter Katholik auch gegenüber seiner Kirche in den Anfangsjahren der Bundesrepublik für den Primat der staatlichen, weltanschaulich-religiös neutralen Ordnung gestritten hat. Mirjam Künkler und Tine Stein konturieren in ihrem Beitrag Böckenfördes politisches Denken im Kontext der religionsrechtlichen und -politischen Debatten der Bundesrepublik.

Die Beiträge des vierten Abschnitts nehmen die Rolle der Gerichte im Politikfeld Religion in den Blick. Kathrin Groh zieht in ihrem Beitrag eine Bilanz der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in religionsrechtlichen Fragen und bescheinigt dem Gericht eine Standhaftigkeit des Staats- und Gesellschaftsverständnisses. Das Gericht habe das Religionsverfassungsrecht von Beginn an als Ausgleichsordnung zwischen Staat und Religion verstanden, und nicht etwa als Kampfordnung. Diese spezifisch bundesrepublikanische Interpretation des Religionsrechts konnte sich ohne größere Einwirkungen der europäischen Ebene entwickeln. Wie Sebastian Wolf in seiner Analyse der Judikatur des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zeigt, läßt der EGMR viel Raum für die jeweiligen nationalen Ausgestaltungen des Verhältnisses von Politik und Religion.

Was Religion ist, inwieweit religiöse Identität schützenswert ist und wo die Grenzen verlaufen, sind also immer wieder auszuhandelnde Fragen. Die Politik wie auch die Gerichte haben diese Fragen stets neu zu beantworten. Ganz zu verzichten vermag der moderne Verfassungsstaat auf die Ressource Religion ohnehin nicht. Das macht der Beitrag von Benedikt Kranemann deutlich, der einen steigenden öffentlichen Bedarf an religiösen Ritualen gerade in Krisensituationen registriert. Dieses zivilreligiöse Element zeigt Kranemann anhand öffentlicher Trauerfeiern nach Großkatastrophen, die in der Öffentlichkeit unabhängig von der Religionszugehörigkeit der Betroffenen starken Zulauf erfahren. Entsprechend offenbart sich hier ein Grundbedürfnis, das auch der säkulare Verfassungsstaat allem Anschein nach nicht ignorieren kann. Der letzte Abschnitt des Bandes steht daher unter der Frage, ob die Neutralität des Staates nicht eigentlich ein Mythos ist. Die Antwort von Manfred Baldus fällt eindeutig aus: strenggenommen könne der Verfassungsstaat des Grundgesetzes gar keine wertneutrale Ordnung sein, weil er nicht bereit sei, seine grundlegenden politischen Ordnungsideen zur Disposition zu stellen. Immer dann also, wenn der Schutz seiner eigenen Ordnung in Frage steht, religiös-weltanschauliche Neutralität also mit anderen Worten nur um den Preis der Selbstaufgabe realisiert werden könnte, gilt es den Primat des Politischen und die Realisationsbedingungen gleicher Freiheit um so entschiedener zu verteidigen.

Literatur

- Campenhausen, Axel Freiherr von* (2008): Staat und Religion nach dem Grundgesetz. In: Humboldt-Forum Recht. 12/2008, S. 122–129.
- Dreier, Horst* (2013): Säkularisierung und Sakralität. Zum Selbstverständnis des modernen Verfassungsstaates. Mit Kommentaren von Christian Hillgruber und Uwe Volkmann. Tübingen.
- Enders, Christoph* (2014): Recht ist, was allgemein ist. Die gesetzliche Regelung zur Beschneidung „des männlichen Kindes“ (§ 1631d BGB). In: Jakob Nolte et al. (Hrsg.): Die Verfassung als Aufgabe von Wissenschaft, Praxis und Öffentlichkeit. Heidelberg, S. 291–308.
- Graf, Friedrich Wilhelm* (2007): Die Wiederkehr der Götter. Religion in der modernen Kultur. München.
- Grimm, Dieter* (2016): Grundgesetzlich irrelevant. Müssen Religionen mit dem Grundgesetz vereinbar sein? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. April 2016, S. 11.
- Gutmann, Thomas* (2012): Religiöser Pluralismus und liberaler Verfassungsstaat. In: Karl Gabriel et al. (Hrsg.): Modelle des religiösen Pluralismus. Historische, religionssoziologische und religionspolitische Perspektiven. Paderborn, S. 291–316.
- Heinig, Hans Michael/Morlok, Martin* (2003): Von Schafen und Kopftüchern. Das Grundrecht auf Religionsfreiheit in Deutschland vor den Herausforderungen religiöser Pluralisierung. In: Juristenzeitung, S. 777–785.
- Hans Michael Heinig/Christian Walter* (Hrsg.) (2007): Staatskirchenrecht oder Religionsverfassungsrecht? Ein begriffspolitischer Grundsatzstreit. Tübingen.
- Hillgruber, Christian* (2007): Staat und Religion. Überlegungen zur Säkularität, zur Neutralität und zum religiös-weltanschaulichen Fundament des modernen Staates. Paderborn u. a.
- Isensee, Josef* (1977): Demokratischer Rechtsstaat und staatsfreie Ethik. In: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche. Hrsg. v. Joseph Krautscheidt und Heiner Marré. Bd. 11. Münster 1977, S. 92–120.
- Joas, Hans* (2017): Die Macht des Heiligen. Eine Alternative zur Geschichte von der Entzauberung. Berlin.
- Ladeur, Karl-Heinz/Augsberg, Ino* (2007): Wiederkehr des Religiösen. In: Dies., Toleranz – Religion – Recht. Die Herausforderung des „neutralen“ Staates durch neue Formen von Religiosität in der postmodernen Gesellschaft. Tübingen, S. 1–14.
- Liedbeger, Antonius/Pickel, Gert* (2016): Religionspolitik in Deutschland – ein Politikbereich gewinnt neue Konturen. In: Dies. (Hrsg.): Religionspolitik und Politik der Religionen in Deutschland. Fallstudien und Vergleiche. Wiesbaden, S. 3–22.
- Nolte, Paul* (2014): Religion als zivilgesellschaftliche Ressource. Integration und Konflikt seit den 1950er-Jahren – das Beispiel der Bundesrepublik. In: Edmund Arens et al. (Hrsg.): Integration durch Religion? Geschichtliche Befunde, gesellschaftliche Analysen, rechtliche Perspektiven. Baden-Baden, S. 133–153.
- Robbers, Gerhard* (2014): Wie Religionskonflikte durch rechtliche Regelungen gezähmt werden. In: Arens, Edmund u. a. (Hrsg.): Integration durch Religion? Geschichtliche Befunde, gesellschaftliche Analysen, rechtliche Perspektiven. Zürich/Baden-Baden, S. 213–227.
- Waldhoff, Christian* (2010): Neue Religionskonflikte und staatliche Neutralität. Gutachten D zum 68. Deutschen Juristentag. In: Ständige Deputation des Deutschen Juristen-

- tages (Hrsg.): Verhandlungen des 68. Deutschen Juristentages Berlin 2010. Bd. 1. München, S. D1-D176.
- Willems, Ulrich* (2012): Religiöse Pluralität, religiöser Pluralismus und Religionsfreiheit in westlichen politischen Gemeinschaften. In: Karl Gabriel et al. (Hrsg.): Modelle des religiösen Pluralismus. Historische, religionssoziologische und religionspolitische Perspektiven. Paderborn, S. 243–267.
- Wittreck, Fabian* (2014): Perspektiven der Religionsfreiheit in Deutschland. In: Katharina Ebner et al. (Hrsg.): Staat und Religion. Neue Anfragen an eine vermeintlich eingespielte Beziehung. Tübingen, S. 73–103.

Personenregister*

- Ackerman, Bruce 124
Adams, Maurice 105
Adelmann, Anette 204
Agamben, Giorgio 53
Alexy, Robert 222
Arendt, Hannah 106, 128
Assmann, Jan 204
Auer, Marietta 66
Augsberg, Ino 4, 7, 21, 34–37, 95, 164,
171, 183, 221
- Bach, Johann Sebastian 208f.
Badura, Peter 50, 64
Baer, Susanne 169
Bahners, Patrick 32, 41
Baldus, Manfred 8, 86, 88, 221
Bärsch, Jürgen 200
Bauer, Angela 62
Becker, Josef 14
Behrendt, Ethel Leonore 61
Bellamy, Richard 105
Benninghoff, Martin 220
Benz, Brigitte 199f., 204
Berghahn, Sabine 185
Bergunder, Michael 17
Berman, Harold J. 226
Bielefeldt, Heiner 228
Binder, Christian 200
Bittner, Jochen 35
Bittner, Ludwig 54
Blatter, Joachim 184
Bock, Wolfgang 159
Böckenförde, Ernst-Wolfgang 8, 32,
81–85, 91, 100, 137–153, 161, 226, 229
Boehl, Henner 54, 59, 63f.
Borowski, Martin 36
- Bourdieu, Pierre 66
Bramhall, John 114
Bresslau, Harry 55
Britz, Gabriele 221
Bromme, Traugott 54
Brosius, Christiane 205
Brown, Keith C. 114
Bubrowski, Helene 221
- Campenhausen, Axel Freiherr von 3, 19,
159, 221
Cohen, Jean L. 94
Cornehl, Peter 200
Czermak, Gerhard 63
- Danbolt, Lars Johan 200, 211
De Wall, Heinrich 221
Dennewitz, Bodo 54
Denninger, Erhard 220
Di Fabio, Udo 161
Dobner, Petra 104
Doehring, Karl 221
Dreier, Horst 3, 15, 51–57, 59–65, 86, 93,
95, 97, 171, 220f., 226f., 229
Dreitzel, Horst 65
DuBois, Fletcher 206
Dumouchel, Paul 122, 124, 127, 134
Duncker, Anne 228
Dürig, Günter 63, 151
Durkheim, Emile 96
Dyzenhaus, David 103
- Ebenbauer, Peter 200
Ehrenzeller, Bernhard 55, 63
Elver, Hilal 184f., 192
Enders, Christoph 6f., 86–88, 90, 97, 193

* Kursivierte Seitenzahlen verweisen auf Nennungen in den Fußnoten.

- Ennuschat, Jörg 60
 Essen, Georg 60
 Eulenberger, Klaus 199

 Fechtner, Kristian 200
 Ferguson, Iain 103
 Feydt, Sebastian 208
 Fichtenau, Heinrich 55
 Fischer-Lescano, Andreas 35
 Fögen, Marie Theres 50
 Foljanty, Lena 61
 Foucault, Michel 204
 Frankenberg, Günter 168
 Frasch, Timo 220
 Freud, Sigmund 64
 Frick, Verena 7, 100f., 103f.
 Friesenhahn, Ernst 54
 Frowein, Jochen A. 181, 183
 Funke, Andreas 19

 Gadamer, Hans-Georg 128
 Garaudy, Roger 228
 Gärditz, Klaus Ferdinand 51, 221
 Garipzanov, Ildar H. 55
 Garrett, Geoffrey 185
 Garston, Bryan 115
 Gehlen, Arnold 67
 Geiger, Willi 167
 Gerhards, Albert 203, 211
 Geuss, Raymond 95, 104f.
 Giscard d'Estaing, Valéry 68
 Glover, Willis B. 114, 129
 Goerlich, Helmut 58
 Goethe, Johann Wolfgang von 52, 86
 Göhler, Gerhard 106
 Gosewinkel, Dieter 140f., 143, 150f.
 Grabenwarter, Christoph 181, 183
 Graf, Friedrich Wilhelm 4, 12, 15, 28, 67
 Grefrath, Holger 7, 51, 54, 56, 63f.
 Grimes, Ronald 200, 205, 213
 Grimm, Dieter 4f., 51, 88, 229
 Groh, Kathrin 8
 Große Kracht, Hermann-Josef 137
 Großheim, Michael 114, 129, 133
 Guggenberger, Bernd 170
 Gutmann, Thomas 5

 Haaf, Meredith 193
 Häberle, Lothar 183, 188
 Häberle, Peter 52, 61f., 64, 221
 Habermas, Jürgen 67
 Hahn, Judith 150
 Halbwachs, Maurice 204
 Haltern, Ulrich 56, 66f.
 Hammer, Stefanie 211, 214
 Hanebeck, Alexander 59
 Harth, Dietrich 200
 Haunerland, Winfried 200, 205
 Hauschildt, Eberhard 214
 Haverland, Markus 184
 Heckel, Martin 13, 28, 160, 165, 229
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 64, 81f., 88, 90, 124
 Heimann, Hans Markus 27
 Heinig, Hans Michael 6, 16, 33, 161, 222, 226f., 229
 Heller, Hermann 148
 Helmerichs, Jutta 211
 Herdegen, Matthias 51f., 61, 65, 151
 Herrmann, Joachim 220
 Herold, Maik 52
 Hesse, Konrad 52, 220
 Heun, Werner 57
 Heuss, Theodor 52, 58, 90
 Hidalgo, Oliver 95, 115
 Hillgruber, Christian 4, 16, 24, 159, 221
 Hintze, Otto 60
 Hirschl, Ran 93
 Hitler, Adolf 58
 Hobbes, Thomas 7, 113–134, 141
 Hobe, Stephan 54, 59, 63f.
 Hoerster, Norbert 63
 Höffe, Otfried 125
 Hofmann, Hasso 90, 97, 170, 221
 Hollerbach, Alexander 59, 61, 65, 159, 220
 Holzke, Frank 221
 Hood, Francis Campbell 114f.
 Hörnle, Tatjana 35, 50
 Huber, Ernst Rudolf 53
 Huml, Melanie 207
 Huster, Stefan 35, 161, 220f.

- Ibrahim, Mohammad 228
 Isensee, Josef 7, 50, 56, 59, 64f., 97, 137, 159
 Iser, Wolfgang 63

 Janssen, Albert 41
 Jaser, Christian 55, 66
 Jeggle-Merz, Birgit 202
 Jellinek, Georg 82
 Jestaedt, Matthias 33, 62, 66
 Joas, Hans 4, 66, 95f.
 Jungaberle, Henrik 206

 Kalisch, Muhammad 228
 Kant, Immanuel 65f., 86–89, 116f., 151
 Kapoor, Anish 207
 Kästner, Karl-Hermann 25, 159
 Kelsen, Hans 62
 Kersting, Wolfgang 117
 Khorchide, Mouhanad 228
 King, Preston T. 114
 Kirste, Stephan 67
 Klabbers, Jan 101
 Klie, Thomas 200, 210
 Klöckener, Martin 200
 Knoch, Thomas 211
 Koch, Walter 55
 Kodalle, Klaus-Michael 114, 118f., 122
 König, Doris 181, 183, 185
 Koriath, Stefan 7, 14, 26, 36f., 82, 167
 Koschorke, Albrecht 50
 Kranemann, Benedikt 8, 200, 202, 204
 Krech, Volkhard 95–97
 Krefß, Hartmut 82
 Krisch, Nico 102
 Kumm, Mattias 94, 99–102
 Künkler, Mirjam 8, 137, 140, 142, 148
 Kuntze, Johannes 35

 Ladeur, Karl-Heinz 4, 32, 35f., 95, 164, 171, 183, 221
 Lang, Anthony F. Jr. 94
 Langenfeld, Christine 172
 Larenz, Karl 57
 Lehmann, Karl 61
 Lembcke, Oliver W. 7, 100
 Leo XIII. 146
 Lichtenberg, Georg Christoph 127

 Liedhegener, Antonius 4, 161
 Link, Christoph 22
 Liszt, Franz 208
 Llyod, Sharon A. 114
 Locke, John 81, 141
 Loughlin, Martin 101–103
 Lübbe, Hermann 66, 142
 Luhmann, Niklas 66
 Luther, Martin 13f., 18, 81, 86, 208

 Machiavelli, Niccolò 67, 124
 Magen, Stefan 170
 Mahrenholz, Ernst Gottfried 61, 65
 Maizière, Thomas de 207, 209
 Mandry, Christof 200, 211, 213
 Manent, Aline-Florence 147
 Mangoldt, Hermann von 58, 91
 Maritain, Jacques 88
 Markl, Hubert 151
 Martinich, Aloysius Patrick 114f., 129
 Marx, Reinhard 201
 Maunz, Theodor 151
 Maurer, Hartmut 53, 59, 63
 Maximilian Joseph, König von Bayern 53
 Meier, Heinrich 115
 Menke, Bettine 67
 Merkel, Angela 228
 Merkl, Adolf 62f.
 Merten, Detlef 56
 Michaels, Axel 200, 205
 Möllers, Christoph 32, 51, 56, 62, 171, 220f., 226
 Morlok, Martin 6, 34, 163
 Mörsdorf, Klaus 146
 Mozart, Wolfgang Amadeus 208
 Muckel, Stefan 21, 34f., 84, 163, 171, 173, 221
 Mulia, Christian 214
 Müller-Volbehr, Jörg 171
 Müller, Jan-Werner 139
 Müller, Lorenz 228
 Münch, Ingo von 59
 Murdoch, Jim 181–183
 Murswiek, Dietrich 57, 64

 Naumann, Kolja 68
 Neijenhuis, Jörg 200
 Nettesheim, Martin 221

- Niederberger, Andreas 94, 98
 Nietzsche, Friedrich 129
 Nolte, Paul 5
 Nonhoff, Martin 98
 Nugteren, Albertina 200, 205
 Nullmeier, Frank 98

 O'Mahony, Conor 90
 Oebbecke, Janbernd 171
 Osterhommel, Jürgen 14
 Ottenberg, Daniel 181, 183
 Otto, Rudolf 67
 Ozouf, Mona 67

 Patberg, Markus 94, 102
 Pestalozza, Christian 63
 Peters, Anne 98–101
 Pettersson, Per 200, 205
 Pickel, Gert 4, 171
 Pierson, Paul 185
 Pilatus, Pontius 179f.
 Pocock, John Greville Agard 114, 122
 Polin, Raymond 114
 Pollack, Detlef 15, 33
 Post, Paul 200, 205, 211
 Prantl, Heribert 137
 Prinz, Janosch 95

 Rawls, John 104
 Reinhard, Wolfgang 226
 Rentzing, Carsten 207–209
 Resske, Charlott 49
 Rixen, Stephan 35
 Robbers, Gerhard 4, 167
 Röder, Jan 52
 Roellecke, Gerd 170
 Rohe, Matthias 228
 Rossi, Enzo 95, 118
 Rostock, Petra 185
 Rousseau, Jean-Jacques 67, 141
 Rumpf, Helmut 221

 Sachs, Michael 174
 Sacksofsky, Ute 32, 146, 159
 Said, Edward W. 49
 Sander, Hans-Joachim 204
 Sanders, Mary 213
 Santifaller, Leo 55

 Savigny, Friedrich Carl von 57
 Schäfer, Gertrud 214
 Schenk, Gerrit J. 200
 Schieder, Rolf 214
 Schilling, Heinz 13
 Schlaich, Klaus 58, 221
 Schlette, Magnus 95–97
 Schliesky, Utz 221
 Schlink, Bernhard 227
 Schmid, Carlo 57
 Schmidt-Aßmann, Eberhard 33
 Schmitt, Carl 65, 95, 119–121, 138, 142, 226
 Schneider, Bernd Christian 13
 Schnur, Roman 226
 Schoch, Friedrich 160, 164
 Schotte, Dietrich 114f., 118
 Schrode, Paula 205
 Schuppert, Gunnar Folke 41
 Schwemer, Rolf-Oliver 59
 Searle, John R. 52
 Seckendorff, Veit Ludwig von 65
 Seebohm, Hans-Christoph 58
 Sieyès, Emmanuel Joseph 51, 150
 Slomp, Gabriella 114
 Smend, Rudolf 52
 Sohm, Rudolph 58
 Somek, Alexander 94
 Sorell, Tom 114
 Spiegel, Joachim 55
 Spinoza, Baruch de 64
 Springborn, Patricia 114
 Staquf, Kyai Haji Yahya Cholil 228
 Starck, Christian 64f.
 Steiger, Heinhard 54, 63
 Stein, Tine 8, 137, 140, 142, 148
 Steinbach, Udo 228
 Steinberg, Rudolf 169
 Stifoss-Hanssen, Hans 200, 211
 Stockhoff, Nicole 203
 Stolleis, Michael 159, 227
 Strauss, Leo 114
 Süsterhenn, Adolf 57f., 61f., 91
 Sutherland, Steward R. 114

 Tanner, Klaus 63
 Taylor, Alfred Edward 114f., 117f., 122
 Taylor, Paul M. 184

- Teuffel, Jochen 200
 Thier, Andreas 67f.
 Thornhill, Chris 102
 Tiedemann, Paul 63
 Tillich, Stanislaw 207, 209
 Tsebelis, George 185
- Uden, Ronald 205
 Uertz, Rudolf 142f.
 Uhle, Arnd 221
 Uitz, Renáta 181, 184
 Unberath, Hannes 20
 Ungern-Sternberg, Antje von 181, 183
 Unruh, Peter 19
- Vesting, Thomas 99
 Voegelin, Eric 121
 Voeten, Erik 184, 186
 Volkmann, Uwe 164
 Vorländer, Hans 66–68
 Voßkuhle, Andreas 51
- Wagner-Rau, Ulrike 206
 Wahle, Stephan 203
 Waldhoff, Christian 7, 50f., 54, 57, 59f.,
 66, 93, 221, 226
 Waldron, Jeremy 105f.
 Walker, Neil 102
 Walsdorf, Hanna 210
 Walter, Christian 6, 26, 32f., 159, 181,
 185, 193
- Warrender, Howard 114f., 117f., 122
 Watkins, John W. N. 116
 Watters, Sam 146
 Weber, Hermann 164
 Weber, Max 50, 65, 134
 Weiler, Joseph H. H. 68
 Weinholt, Werner 57,62
 Wertbruch, Wilhelm 60
 Wetzel, Katharina 204
 Wiater, Patricia 35
 Wick, Lukas 134, 147, 229
 Wiener, Antje 94
 Wiese, Kirsten 184f.
 Willems, Ulrich 5
 Willms, Bernard 119
 Willoweit, Dietmar 93, 97
 Winter, Stephan 214
 Wittgenstein, Ludwig 69
 Wittreck, Fabian 6, 19, 164
 Wolf, Hubert 141
 Wolf, Julius 142
 Wolf, Sebastian 8, 180, 182, 184, 186f.,
 191
 Wolgast, Eike 22
 Wrase, Michael 169
 Wulf, Christoph 203
- Zeindler, Matthias 56
 Zondag, Hessel 200, 205
 Zucca-Soest, Sabrina 87

Sachregister*

- Abendland, abendländisch 4, 16, 160, 165, 168, 170, 175, 221
- Anthropologie 144
- Autonomie (des Menschen), *s. a. Selbstbestimmung* 8, 87–89, 92, 103, 105, 133, 143, 188, 192
- Autorität 56, 66 f., 70 f., 99–103, 108, 114 f., 117 f., 120–123, 128, 142 f., 150, 152, 154, 175, 182
- Bekennnisfreiheit 39, 145, 154
- Bikontinentalität, *s. a. Konfessionalität* 13, 18, 27
- Binnenkonflikte, religiöse 17
- Böckenförde-Diktum 82 f., 137 f., 148, 153
- Bundesverfassungsgericht 8, 20 f., 23–27, 31, 37 f., 51, 60, 63, 84, 147, 159–176, 219, 222 f., 226 f.
- Burka-Verbot 3, 196, 219, 220
- Case Law 181, 185, 187, 196
- Cuius regio, eius religio 13
- Demokratie 12, 29, 73, 75, 93–95, 97, 99–101, 107 f., 138–142, 144, 146–150, 153, 162, 167, 170 f., 174, 176, 181, 231
- Demokratische Gesellschaft 171, 180–182
- Demutsformel 64–66
- Dignitatis Humanae 144
- Dissenting Opinion 193
- Ehrenmord 20
- Erfahrung, emotionale 206
- Ermessensspielraum 182 f., 185, 191, 193
- Erinnerung 24, 201, 204, 206, 214, 229
- Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) 179–187, 189–193, 195 f.
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) 8, 179–196, 220
- Exkommunikation 17, 133
- Fremdverständniskriterium 43
- Frieden 13, 22, 27, 29, 50 f., 66, 69, 73, 114–118, 120–122, 125, 127–129, 131–133, 135, 144, 163, 167–169, 172, 213, 215, 223–226
- Ordnung 116–118, 121 f., 125,
- Religionsfrieden, religiöser 22, 29, 167, 223 f.
- in der Schule 27, 163, 169, 172
- Gefahrenabwehrrecht 229
- Gender 185, 189, 192
- Gerechtigkeit 95, 97–99, 101–105, 150, 153, 172
- Gesellschaftsvertrag 67, 74, 113, 117–120, 135
- Gewaltmonopol (des Staates) 18, 23, 163
- Gewissensfreiheit 44, 139, 154, 196, 220
- Glaubensartikel 81, 84, 90 f.
- Glaubensfreiheit, *s. a. Religionsfreiheit* 36, 40, 145, 162, 164 f., 169, 222–224
- Global Constitutionalism 94 f., 98–109
- Gottesbegriff 50, 60
- Gottesbezug 7, 49, 53–55, 57–61, 63, 65 f., 68, 72, 74
- Gottesdienst 17, 50, 85, 180, 199–202, 204–217, 220
- Staatsakt 204 f., 216
- Gottesgnadentum 53 f., 60

* Kursivierte Seitenzahlen verweisen auf Nennungen in den Fußnoten.

- Heidenspaß-Party 24, 223, 225
 Heiligkeit 95–97
 Heimstatt 60, 83, 146, 171 f., 226
 Hochland 140–142, 153

 Identität 5, 8, 14, 31–37, 40, 42 f., 52, 71 f.,
 95, 144, 159, 204, 214, 221, 231
 – individuelle 42
 – kollektive 14, 43
 – religiöse 5, 8, 31–35, 37, 43, 95
 Innerlichkeit (des Menschen) 82, 86, 88,
 90 f.
 Institution, institutionell 5 f., 13 f., 16, 27,
 29, 38, 44, 50, 60, 68, 83–85, 94 f., 100 f.,
 105 f., 108, 132, 140, 145, 147, 151, 159 f.,
 163, 167, 173, 180, 182, 185, 201, 214,
 221
 Invocatio Dei 54–56, 58, 62, 66–68, 73,
 77–80,
 Islam 3 f., 15 f., 20, 26, 28, 37, 41 f., 44, 77,
 134, 136, 146 f., 149, 154, 159, 164, 176,
 192, 195, 228–232
 Ius Emigrandi 22

 Judicial restraint 179 f., 183 f.

 Karfreitag, Karfreitagsschutz 24 f., 85,
 223
 Kirchenraum 202–204, 215–217
 Körperschaft, Körperschaftsstatus 16,
 36, 84, 147, 163, 172–174, 220
 Kollisionsrecht 7, 41, 44
 Konfessionalität, s. a. *Bikonfessionalität*
 13, 18, 74 f., 177
 Konfessioneller Bürgerkrieg 225, 232
 Konfessionslose 59, 202, 212–214
 Konkurrenz, religiöse 23
 Konstitutionalisierung, Konstitutionalis-
 mus 93 f., 98–106, 108, 124
 Konstituierende Gewalt, s. a. *Verfassung-
 gebung, verfassunggebende Gewalt*
 102, 109
 Kontingenzbewältigung 200
 Kontingenzerfahrung 199, 210
 Kooperation 160, 172, 207, 212
 – vertrauensvolle 160

 Kopftuch 3, 6, 9, 25–27, 31 f., 37–44, 146,
 149, 169 f., 172, 175, 177, 185, 187, 189,
 191, 193, 196, 219 f., 222–226
 – Entscheidung 27, 31, 37, 44, 169 f.
 – Streit 219
 Kruzifix-Beschluß 159, 168–170
 Kulturkampf 14, 28

 Laizismus 132, 169
 Landesverfassung 53, 56 f., 68 220
 Legitimation, Legitimität 18, 53, 56, 60,
 74, 82, 86, 94, 98–101, 138, 152, 170, 228

 Menschenrechte, s. a. *Recht des Menschen*
 8, 82, 86 f., 91, 93 f., 97, 99, 101, 138 f.,
 142 f., 149 f., 152, 179 f., 182, 186, 195 f.,
 228, 230–232
 Menschenwürde, s. a. *Würde des
 Menschen* 7, 36, 51, 63, 72 f., 75 f., 81,
 87, 91 f., 97, 107 f., 139, 149–152, 154,
 165, 229
 Modifizierter Kirchenaustritt 21
 Moralität 88 f., 103

 Naturrecht, naturrechtlich 57 f., 61 f., 71,
 75, 83, 88, 103, 138–141, 149–151, 153
 Neutralität 4 f., 8 f., 15 f., 18, 20–22, 26 f.,
 39 f., 59 f., 63, 75, 83–85, 139, 143,
 145–147, 152, 159–161, 165, 167–169,
 171 f., 175 f., 192, 195, 219–232
 – offene 83–85, 145 f., 152
 – religiös-weltanschauliche 5, 7–9, 26,
 59, 82 f., 139, 143, 145, 176, 219–232
 – Gebot 39, 85, 161, 165, 219–224, 227 f.
 – Pflicht 39, 168, 220, 225
 – Prinzip 152, 160 f.
 Nominatio Dei 56–62, 64, 66 f., 69, 71,
 77–80
 Normativismus 100, 102 f., 106

 Pacem in Terris 142 f.
 Parlamentarischer Rat 52, 57, 61 f., 151
 Performanz 128, 210, 217
 Pfadabhängigkeit 185, 191 f.
 Pluralismus, religiöser 9 f., 12, 83, 148,
 214
 Politische Theologie 95, 107–109,
 115–117, 119–121, 135 f.

- Postsäkulare Gesellschaft 15, 47
 Präambel 7, 49–53, 56–62, 67f., 70–80, 220
 Preußisches Allgemeines Landrecht 14, 17f.

 Rational Choice 185, 189f., 192f.
 Realismus 104f.
 Recht des Menschen, *s. a. Menschenrechte* 86–88, 144
 Rechtsfähigkeit (des Menschen) 86, 88, 90
 Rechtsidealismus 94, 104
 Rechtspositivismus 61
 Reformation 13, 18, 22, 27–19, 74, 118f.
 Religiöses Lebensführungsrecht 25
 Religionsfreiheit, *s. a. Glaubensfreiheit* 9f., 16, 18f., 22–27, 29, 32, 35–38, 41f., 44, 60, 82, 84, 92, 138–140, 142–147, 149, 154, 159–171, 173, 175–177, 179–192, 195f., 225, 229f.
 Religionsgemeinschaft(en) 4, 6f., 14, 16–23, 25, 28, 36f., 41f., 60, 84, 145, 147, 155, 160, 162–165, 167, 171–174, 176, 188–194, 200f., 210, 212, 214, 223, 228
 Religionsgemeinschaftliche Rechtsprechung, *s. a. Schiedsgerichtsbarkeit, Streitschlichtung* 19
 Religionshoheit 14
 Religionsverfassungsrecht 6, 8f., 28f., 33, 35f., 38, 41, 43f., 60, 159–161, 170f., 173, 175, 177, 230f.
 Religionszugehörigkeit 8, 42, 200, 206, 215
 Ritendiakonie 210
 Rituale 8, 200, 203, 205f., 210f., 214–217 – Kerzenrituale 206 – soziale und emotionale Dimension 206

 Säkularisierung 4, 9, 28f., 44, 71, 82, 95, 120, 132, 134, 138f., 145, 175, 229
 Sakralisierung, Sakralität 9, 28, 66, 71, 93–98, 101, 103–105, 108f., 175, 177, 216
 Schiedlich–friedliches Miteinander 167
 Schiedsgerichtsbarkeit, *s. a. religionsgemeinschaftliche Rechtsprechung, Streitschlichtung* 19
 Selbstbestimmung, *s. a. Autonomie* 14, 70, 81–84, 88, 90, 97, 100, 151, 171, 175, 185
 Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften 16, 18f., 22
 Selbstsäkularisierung 12
 Selbstverständnis 9, 25, 34, 37, 42–44, 71, 81, 94, 96, 103, 106, 115, 164f., 176, 210, 228
 Solidarität 148, 201, 206
 Souveränität 14, 18, 27, 67, 72, 109, 113, 115, 118, 120, 122f., 128, 152, 228f.
 Staatsakt 216
 Staatskirchenrecht 6f., 9, 15, 27, 29, 36, 41, 44, 50, 59f., 73, 84f., 133, 155, 159f., 162, 167–169, 173, 175–177, 205, 230f.
 Staatskirchentum 14
 Staatsziel 51, 161, 227
 Status, öffentlich–rechtlicher 175
 Streitschlichtung, *s. a. religionsgemeinschaftliche Rechtsprechung, Schiedsgerichtsbarkeit* 19

 Trauerfeier, öffentliche 8, 199–207, 209–216
 Trennung, freundliche 18, 27, 152, 160
 Trennungsprinzip 14
 Trennung von Kirche und Staat 202, 211

 Verfassungsgebung, verfassungsgebende Gewalt, *s. a. konstituierende Gewalt* 51f., 58f., 62, 64–66, 100–102, 107, 150, 154
 Verfassungsfunktion 51, 53, 69, 72, 75
 Verfassungsgerichtspositivismus 226
 Verfassungsstaat 3, 5, 7–9, 28, 53, 59, 61, 71f., 74f., 81–85, 90, 93, 95, 107, 134, 136, 143, 147, 151–153f., 169, 221, 228–231
 Verfassungstheorie 66, 75f., 176, 225, 230f.
 Volkssouveränität 56

Weimarer Verfassung 14, 18, 28, 36

Weltanschauung 12, 16, 24f., 34, 60, 145,
180, 188, 191, 200, 204, 206, 213, 221

Weltanschauungsfreiheit 23f.

Wertneutrale Ordnung 8, 221, 228

Würde des Menschen, *s. a. Menschen-*
würde 69, 84, 86, 88, 90f., 107, 221, 231

Zeichensprache 200, 206, 212

Zweites Vatikanisches Konzil 83, 138, 139

Anliegen der Reihe POLITIKA

herausgegeben von
Rolf Gröschner und Oliver W. Lembcke

POLITIKA mit K. Damit erinnert der Titel dieser Reihe an die aristotelischen »politika« und deren Anliegen, die Belange der Bürgerschaft zu verstehen, und zwar in wissenschaftlicher Absicht. So verschieden die gesellschaftlichen Bedingungen der Gegenwart gegenüber der griechischen Antike sind, so vergleichbar ist die Frage nach dem Gelingen des Lebens in einer Gemeinschaft freier und gleicher Bürger. Der Vergleich verlangt eine Vergegenwärtigung alt-europäischer Traditionen politischen oder – im lateinischen Traditionsstrang synonym – republikanischen Denkens.

Eine Republik, die diesen Namen verdient, lebt vom Verweisungszusammenhang zwischen Freiheit und Ordnung. Herausgefordert durch den Humanismus der italienischen Renaissance, verwirklicht im Gewissen der christlichen Reformation und verstärkt durch die Menschenrechte der neuzeitlichen Revolutionen sind die individuellen Freiheiten der Bürger in ein spannungsreiches Verhältnis zur institutionellen Freiheit der bürgerschaftlichen Ordnung als ganzer getreten. Die Publikationen der POLITIKA haben dieses Spannungsverhältnis zum Thema. Gemeinsam ist ihnen das Bestreben, Voraussetzungen und Möglichkeiten der Organisation eines dynamischen Gleichgewichts zu begreifen: zwischen der Freiheit aller und der Freiheit aller Einzelnen.

Für freiheitliche Ordnungen stellt sich die Aufgabe stetiger Stabilisierung eines solchen Gleichgewichts nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet und nicht allein im Nationalstaat, sondern auf allen Gebieten der Politik, allen Ebenen nationaler, supranationaler und internationaler Organisationen und für alle Wissenschaften, die sich mit dem Phänomen des Politischen beschäftigen. Die Dogmatik des Öffentlichen Rechts wird sich daher um die Wiedergewinnung ihres politischen Horizonts und die Weiterentwicklung des *ius publicum* zum *ius politicum* bemühen müssen. In der Tradition der politischen Philosophie bleibt aber auch den innovativen Kultur- und Sozialwissenschaften das Grundproblem der guten Ordnung erhalten. Es nimmt sie in die Verantwortung, im Bewußtsein der Rechtsprinzipien verfaßter Gemeinschaften Sinn für normative Strukturen zu bewahren. Einer entsprechenden Vielfalt an Theorien und Methoden bieten die POLITIKA ihr Forum – möglichst interdisziplinär im Dialog und möglichst transdisziplinär im Ergebnis.